

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 20 (1979)  
**Heft:** 23

**Artikel:** Blosser Normalität : was hat der jüngste Dissidentenprozess gegen Vaclav Havel und Mitangeklagte zu bedeuten?  
**Autor:** Levy, Miroslav  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094836>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

**Was hat der jüngste Dissidentenprozess  
gegen Vaclav Havel und Mitangeklagte  
zu bedeuten?**

# Blosse Normalität

**Miroslav Levy zur Geschichte der Politprozesse  
in der Tschechoslowakei**

**Was für ein Zeichen haben die Machthaber in Prag gesetzt, als sie im Oktober den Prozess gegen fünf Charta-Unterzeichner durchführten? Wahrscheinlich überhaupt keines. Sie machen weiter, weil sie sonst nichts wissen. Den Wiederanschluss an die früheren Politprozesse hatten sie schon zuvor bewerkstelligt, mit jenem halben Erfolg, der ihre geborgte Macht deutlich macht, ohne sie zu gefährden. In dieser Kontinuität haben sie ihre falsche Autorität behauptet und werden es weiterhin tun, solange es geht.**

Petr Uhl: 5 Jahre Zuchthaus; Vaclav Havel: 4½ Jahre; Vaclav Benda: 4 Jahre; Jiri Dienstbier: 3 Jahre; Otka Bednarova: 3 Jahre; Dana Nemcova (Mutter von sieben Kindern): 2 Jahre mit Bewährung. Das waren die Strafen, die am 23. Oktober in Prag nach einem «öffentlichen» Prozess gegen eine Gruppe von Dissidenten ausgesprochen wurden. Sie waren alle Unterzeichner der Charta 77, und sie gehörten alle dem «Komitee zur Verteidigung zu Unrecht Verfolgter» (VONS) an. Das Gericht sprach sie der «Subversion» und «illegaler Kontakte» schuldig.

Eine Endabrechnung mit den Charta-Unterzeichnern oder der Auftakt zu einer erweiterten Abrechnung? Im Zusammenhang mit dem Prozess sind weitere fünfzig Personen einvernommen worden. Und im November hat man neun junge Leute unter der Beschuldigung verhaftet, sie hätten Aktivitäten betrieben, die auf Ermordung des Präsidenten Husak und auf die Durchführung von Sabotageakten zielten.

## Startschuss nach dem Putsch von 1948

Was immer die spezifische Gewichtung des Prager Verfahrens war: Einmalig ist es nicht. Die Tradition der politischen Prozesse seit der kommunistischen Machtergreifung von 1948 ist nie für lange unterbrochen worden. In diesem Sinn und eigentlich entgegen den Aussagen internationaler Proteste gehörte auch der jüngste Fall tatsächlich zur Normalität.

Zur systembedingten Normalität. Denn es ist anzumerken, dass in den zwanzig Jahren der ersten Tschechoslowakischen Republik (1918—1938) niemand in einem politischen Prozess zum Tode verurteilt wurde, auch dann nicht, wenn es um politisch motivierte Mordanschläge (wie 1923 gegen den ehemaligen Finanzminister Alois Rasin) ging.

Nach dem Februarputsch 1948 war das erste Opfer der neuen stalinistischen Machthaber die Justiz selbst.

## Aera der Schauprozesse: Breite Auswahl an Opfern, aber vorzugsweise Juden

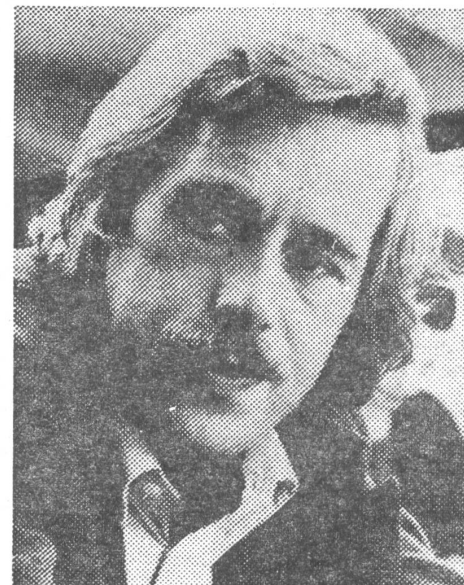
Der Parteiapparat beauftragte den Staatssicherheitsdienst mit der Eliminierung der «Volksfeinde». Man inspirierte sich unter anderem an den sowjetischen Säuberungen der dreissiger Jahre, am frischen Rajk-Prozess von Budapest und an sonstigen Verfahren gegen «schädliches Ungeziefer». Im Zeitraum eines Monats (vom 7. September bis zum 8. Oktober) kam es beispielsweise zu 276 politischen Verurteilungen, einschliesslich dreier Todesurteile. Bei den Opfern handelte es sich zum grösseren Teil um ehemalige Funktionäre der Sozialistischen Partei. Indessen war die Atmosphäre der allgemeinen Verdächtigungen so, dass sich auch hohe Funktionäre der KPTsch selbst keineswegs sicher fühlen konnten.

Zu dieser Zeit wurde das Ministerium für Nationale Sicherheit (vom Innenministerium separiert)

zum «Staat im Staate». Und innerhalb dieses Gebildes waren wiederum die sowjetischen Berater massgebend, die keinerlei tschechoslowakischer Instanz Rechenschaft schuldeten.

Die eigentliche Zeit der Monsterprozesse begann dann 1950. Unter den Opfern befanden sich auffällig viele Juden; sonst war die Auswahl breit: ehemalige Sozialdemokraten und Mitglieder anderer nichtkommunistischer Parteien, KP-Mitglieder, Offiziere der Armee, Priester, Schriftsteller, ehemalige Angehörige der Internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg. Man überführte sie, zum Teil kumuliert, folgender Verbrechen: Spionage, Diversion, Sabotage, Hochverrat, Trotzismus, Linksabweichung, Rechtsabweichung, Kosmopolitismus, Klerikalismus und — womöglich die schlimmste Anklage jener Tage — Titoismus.

Erst viel später, vor allem 1968, hat man den vorfabrizierten Charakter dieser Prozesse entlarven können: krasse Widersprüche in der Anklage, Aussagen falscher Zeugen, Verhinderung



Vaclav Havel, der frühere Sprecher von Charta 77.



Rudolf Slansky, KP-Generalsekretär, 1952 hingerichtet, unter anderem als «Tito-Zionist».

jeder echten Verteidigung, Urteile nach Vorschrift der «Organe».

Beispiele: Im Prozess gegen 13 «Verschwörer gegen die Republik» vom Juni 1950 wurden 4 Todesurteile ausgesprochen, darunter eines über eine Frau, Dr. Milada Horáková, die am 27. Juni gehängt wurde. Es folgten die Prozesse «Weisse Legion» (4 Todesurteile), «Babice» (8), «Gruppe General Kutlvasr» (3), «Vatikanagenten» (nur Freiheitsstrafen) usw. Im späteren Prozess gegen die «bourgeois slowakischen Nationalisten» gehörte der heutige Partei- und Staatschef Gustav Husak zu den Verurteilten.

Die Angeklagten waren jeweils geständig. Man brachte sie durch Kombination von Folter und Psychofolter dazu.

Die Gefängnisse und Zwangsarbeitslager waren überfüllt. Insgesamt wurden in den fünfziger Jahren rund 100 000 Personen verurteilt. Mehr als 300 von ihnen starben am Galgen.

**Amtlich beglaubigt (doch, das gab es!): 15 726 Personen «wurden gestorben»**

Aber die offiziellen Hinrichtungen umfassen nur einen winzigen Teil der herbeigeführten Todesfälle. Sehr viel mehr Opfer wurden in den Gefängnissen und Lagern zu Tode gefoltert oder erschlagen. Laut einem offiziellen Bericht des Innenministeriums von 1968 starben zwischen 1948 und 1968 nachweislich 15 726 Gefangene an den Folgen von Folterungen und Misshandlungen, unbehandelten Krankheiten und Unterernährung.

**Fall Slansky: Geahndet wurden die Verbrechen, die er nicht begangen hatte**

Der Schauprozess par excellence wurde in der Tschechoslowakei der Prozess Slansky von 1952. Rudolf Slansky war bis zu seiner Verhaftung Generalsekretär (des ZK) der KPTsch, also Parteichef. In dieser Eigenschaft hatte er die früheren Todesurteile aufgrund erfundener Anklagen gegen Genossen und Nichtgenossen mindestens gebilligt. Nunmehr war er das Opfer. Insgesamt standen bei diesem Verfahren 14 Parteifunktio-

näre vor Gericht. 11 von ihnen wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet, die übrigen erhielten lebenslänglich. Unter den später freigelassenen Ueberlebenden befand sich der ehemalige Spanienkämpfer Arthur London, der in seinem Buch «Das Geständnis» beschrieben hat, wie man die Angeklagten präparierte. Unter körperlichen Foltern und psychischem Druck zwang man sie, die «richtigen» Antworten auf die Fragen des Staatsanwaltes vor Prozessbeginn *auswendig zu lernen*. Sie alle bezichtigten sich vor Gericht selbst der Verbrechen, die sie nicht begangen hatten, sie alle begrüßten ihre Verurteilung mit Zustimmung.

Von der grauenhaften Persiflage der Justiz und der menschlichen Erniedrigung abgesehen, war der Prozess Slansky das Endergebnis eines Machtkampfes zwischen zwei Gruppen (eigentlich Cliques) im Parteiapparat. Die eine umfasste (Staatspräsident) Gottwald, Kopriva, Siroky, Cepicka und Kopecky. Sie blieb mit sowjetischer Hilfe Sieger. Die andere umfasste Slansky und Mitangeklagte (soweit man sie nicht einfach bei dieser Gelegenheit «mitnahm»). Sie erwies sich als Verlierer. Eine Abrechnung unter Genossen.

Die gestellten Prozesse (man nannte sie später «Deformationen») nahmen nach dem Tode Stalins 1953 ab, ohne aufzuhören.

**Rehabilitierung bis zur «Normalisierung»**

Von 1956 an (Entstalinisierung) wurden keine Todesurteile mehr registriert; man begann in aller Stille, einige erste Gefangene zu entlassen. Diese Vorzugsbehandlung wurde in erster Linie früher prominenten Kommunisten zuteil, so Eduard Goldstücker, Josef Smrkovsky und Arthur London; auf ihre Rehabilitierung hatten sie noch einige Jahre zu warten. Husak, 1954 verurteilt, wurde hingegen erst 1960 freigelassen, im gleichen Jahre, als man auch die ersten *nicht-kommunistischen* Opfer der Justiztravestie auf freien Fuss setzte.

Noch wesentlich mehr Zurückhaltung übte man in der Frage der *Rehabilitierung*. Sie wurde vorerst den Kommunisten nur zögernd und den Nichtkommunisten überhaupt nicht zuteil, obwohl man inzwischen die stalinistischen Justizverbrechen generell und offiziell als «Verletzung der sozialistischen Legalität» (wie der Euphemismus lautete und lautet) einsah.

Die eigentliche Wende brachte auch in dieser Beziehung das Jahr 1968. Nunmehr standen Tausende von Rehabilitierungsbegehren in Arbeit, und im Zusammenhang damit kamen erschütternde Zeugenaussagen an die Öffentlichkeit. Die Bewältigung der Vergangenheit war in die Wege geleitet.

Bis zum 21. August 1968. Die sowjetische Invasion hatte bezeichnenderweise den Rehabilitierungsstopp zur Folge, obwohl man anfänglich noch in allgemeinen Wendungen versicherte, die «Fehler des Personenkults» würden «selbstverständlich» weiter korrigiert werden. In Wirklichkeit bestand jede Absicht, sie in korrigierter Form zu wiederholen. Ab Sommer 1969 wurden die Rehabilitierungen kräftig gebremst, später praktisch zum Stillstand gebracht.

Im Juli 1970 gab man sich noch die Mühe, die gesetzlichen Grundlagen zu Rehabilitierungsverfahren durch einschränkende Zusätze unschädlich zu machen. Aber bis dahin war es ohnehin klar geworden, dass man weit eher daran dachte, die *Anstifter* der Justizverbrechen zu rehabilitieren als die Opfer.

Das entsprach der gleichzeitigen Restaurations-tendenz in der Sowjetunion selbst und vor allem ganz direkt den Bedürfnissen der sowjetisch angeordneten «Normalisierung». Denn diese bedurfte der Politjustiz, um sich durchzusetzen.

**Die neuen Prozesse**

Seit 1969 sind in der Slowakei allein und nur schon wegen Verbreitung «feindlicher Flugblät-



Das Rehabilitierungsjahr 1968: Dubcek zeichnet Frau Slansky aus.



Auch der Normalisierungsprozess ist ein politischer Prozess mit «einstweiligen» Folgen für den Delinquenten: «Nur ruhig, das ist doch bloss eine provisorische Massnahme.» Diese Karikatur konnte «Rohac», Bratislava, noch am 5. 2. 1969 veröffentlichen.

ter» 212 Personen zu Gefängnisstrafen (zwischen 2 und 12 Monaten) verurteilt worden.

In Böhmen konzentrierte sich die Repression vor allem auf die Dissidenten, in den letzten Jahren auf die Unterzeichner der Charta 77. Die verbreitetste Behandlungsform war dabei nicht gerichtlicher, sondern «bloss» polizeilicher Natur: Wohnungsdurchsuchungen, Verhöre, provisorische Festnahmen, ergänzt durch weitere Einschüchterungen, wie Wohnungsentzug und Entlassung vom Arbeitsplatz.

Das hinderte nicht, dass namhafte Dissidente ins Gefängnis kamen, so Milan Hübl (früherer Rektor der Parteihochschule), Jaroslav Sabata (früheres ZK-Mitglied), Jiri Lederer (früherer Publizist) und andere. Einiger Dissidenten entledigte man sich durch faktische Ausweisung (Vladimir Skutina, Zdenek Mlynar, Ivan Medek, Vilem Hejl) oder durch Verweigerung der Wiedereinreise (was vor kurzem dem ausgebürgerten Dramatiker Pavel Kohout «passierte»).

Vergessen glaubte Etiketten hielten in den

siebziger Jahren wieder Einzug. Im März 1971 verurteilte man 17 junge «Trotzkisten» zu Strafen von 14 Monaten bis 4 Jahren. Unter ihnen befand sich jener Petr Uhl, der jetzt in neuer Eigenschaft seine 5 Jahre gekriegt hat.

Im Sommer 1972 gab es zusammenhängend fünf politische Prozesse in Prag, vier in Brno und einen in Bratislava. Insgesamt erhielten 47 Personen Strafen von 6 Monaten Gefängnis bedingt bis zu 6½ Jahren Zuchthaus. Sie hatten, so die Anklage, an «Umsturzplänen» gearbeitet. Und wie hatten sie den Umsturz konkret geplant? Nun, sie hatten einen Aufruf zum Boykott der Wahlen verfasst und/oder verbreitet!

\*\*\*

So gibt es keinen Grund zur Annahme, der jüngste Prozess gegen die VONS-Mitglieder sei der letzte. Der negative Eindruck auf die ausländische Öffentlichkeit war im voraus in Kauf genommen worden, mitsamt einer Wiederbelebung der sonst zahmer gewordenen eurokommunistischen Distanzierungen. Heute kommen Reaktionen auf solche Prozesse auch aus den Ländern des eigenen «Lagers»: In Polen hat sich das Komitee zur Arbeiterselbstverteidigung (KOR) mit den Verurteilten solidarisiert, in Ungarn haben rund 200 Intellektuelle eine Petition unterzeichnet.

Doch den stellvertretenden Machthabern in Prag geht es nicht um ihr Image, das ohnehin nicht gut ist, sondern um die Entmutigung der Opposition. Trotzig hat die Parteizeitung «Rude Pravo» soeben angekündigt: «Keine Gesetzesverletzung ohne Strafe!» Aber Strafen als Gesetzes- und Verfassungsverletzungen, die dürfen stattfinden. Und sie müssen es auch, weil das zur Aufrechterhaltung dieser Ordnung nötig ist. ■

## Als Havel noch frei war

**Bevor der jetzt verurteilte Dramatiker Vaclav Havel zu Beginn dieses Jahres verhaftet wurde, befand er sich logischerweise in Freiheit.**

**Wie sich seine Freiheit ausnahm, darüber berichtet sein Tagebuch (bis zum 6. 1. 1979 nachgeführt), das inzwischen in den Westen gelangt ist. Eine Passage hieraus:**

Am Abend des 6. November 1978 wurde ich mit der Funktion des Sprechers der Charta 77 betraut. Ich hielt mich in Prag auf und stellte gleich am nächsten Tag in der Frühe fest, dass ich von der «Operative» verfolgt wurde. Diese «Operative» ist ein gut bekanntes und ge-

nügend erforschtes Phänomen. Ich beschränke mich auf wesentliche Merkmale:

1. Es sind drei Männer in Zivil mit einem Wagen (Typ 603).
2. Wenn ich zu Hause bin, sitzen sie im Auto und blicken auf die Tür.
3. Wenn ich mit dem Wagen wegfare, folgen sie mir und bleiben vor dem Haus stehen, in das ich eintrete (ohne Rücksicht auf Verkehrszeichen), sie bewachen das Haus, manchmal streifen sie im Treppenhaus herum.
4. Wenn ich in der Stadt zu Fuss gehe, mit der Strassenbahn oder U-Bahn fahre, gehen zwei von ihnen ständig mit mir, der dritte fährt mit dem Wagen langsam hinter uns her. Alle sind durch Sender in Verbindung.
5. Sie besuchen Gasthäuser, Restaurants und Bars zusammen mit mir, sitzen allerdings an einem anderen Tisch. Sogar in der Sauna schwitzen sie mit mir. Sie dringen aber nicht in Privatwohnungen ein.

6. Alle Personen, die sich mit mir treffen, müssen sich ausweisen, falls nicht der Betreffende oder ich seinen Namen sagen.

7. Manchmal werden Personen, mit denen ich spreche, fotografiert.

Am 7. Dezember 1978 tauchten zusätzlich zu der «Operative» vor der Tür zu unserer Prager Wohnung im Erdgeschoss zwei uniformierte Polizisten mit einem Tischchen und zwei Stühlen und einem Sender auf. Auch das ist eine wohlbekannte Erscheinung vor den Wohnungstüren mancher Freunde. In meinem Fall unterschied sich die Bewachung von der üblichen Form dadurch, dass die Polizisten grundsätzlich niemanden hineinliessen, obwohl sich die Besucher ausweisen mussten. Mich liessen sie nicht hinaus, am Anfang nicht einmal meine Frau. Nur einmal liessen sie mich hinaus, ich weiss nicht, ob irrtümlich oder absichtlich. Bald darauf wurde ich in der Wohnung meines Vaters verhaftet und nach Hause gebracht.